



Pressemitteilung zum Entwurf des GVSG

GVSG: Die Streichung der Gesundheitskioske ist katastrophal für ländliche Regionen und sozial benachteiligte Stadtteile

München, 16.04.2024

Die BAGP erhielt am Freitag, 12.04.2024 den lang erwarteten Referentenentwurf zum „Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz (GVSG)“, der niedrighschwellige Patientenunterstützung durch Gesundheitskioske nicht mehr enthält. Es war vorgesehen besonders in sozial benachteiligten Stadtteilen oder im ländlichen Raum ,Hilfesuchende dabei zu unterstützen sich im komplizierten Gesundheitssystem zurecht zu finden, Termine zu vermitteln und passgenauer zu versorgen. Nun wurden diese Maßnahmen zur Unterstützung von besonders vulnerablen Patientengruppen im Gesetzesentwurf gestrichen. Besonders für den ländlichen Raum oder soziale Brennpunkte in Städten erhoffte man sich mit den Gesundheitskiosken ein gesundheitsförderndes, navigierendes und integrierendes Angebot. Die BAGP kritisiert den Entwurf des GVSG. „Gerade dort, wo sich wenige Mediziner:innen niederlassen wollen, Praxen nicht nachbesetzt werden, können die Gesundheitskioske einen niedrighschwiligen und wohnortnahen Zugang zur Gesundheitsversorgung gewährleisten,“ so Carola Sraier vom Gesundheitsladen München e.V. und Sprecherin der BAGP. Das jetzt ohne Kommentar, scheinbar auf Druck der FDP, die Kioske gestrichen wurden, obwohl die enge Verknüpfung der Idee mit den in früheren Gesetzesanträgen favorisierten Primärversorgungszentren sicherlich eine spürbare Verbesserung der Versorgung ermöglicht hätte ist katastrophal und das obwohl der Nutzen in zahlreichen Pilotprojekten nachgewiesen werden konnte. "Wir sind sehr enttäuscht, dass konkrete und niedrighschwellige gesundheitliche Unterstützung in unterversorgten Regionen nicht politisch unterstützt wird,“ so Sraier.

Der GVSG - Referentenentwurf sieht auch keine Verbesserungen für die Patientenbeteiligung nach § 140 f Sozialgesetzbuch (SGB) V vor, obwohl die Patientenvertretung seit Jahren strukturelle Verbesserungen fordert. Nach 20 Jahren erfolgreicher Patientenbeteiligung in Deutschland wirkt diese politische Entscheidung auf die ehrenamtlichen Patientenvertreter:innen sehr entmutigend. Schon jetzt können die zahlreichen Aufgaben kaum geschultert werden, gehen Ehrenamtliche über ihre Belastungsgrenzen, während in andere Strukturen Unsummen aus Beitragsgeldern investiert werden.

Dieser GVSG-Gesetzesentwurf signalisiert klar die Machtverhältnisse in der Gesundheitsversorgung, in der es nicht um Patientenorientierung geht.

Kontakt:

Geschäftsstelle der BAGP, c/o Gesundheitsladen München e.V.

Astallerstr. 14, 80339 München

mail@bagp.de

Verantwortlich:

Gregor Bornes, Sprecher der BAGP, Gesundheitsladen Köln e.V. gregor.bornes@gesundheitsladen-koeln.de

Carola Sraier, SprecherInnen der BAGP, Gesundheitsladen München e.V. carola.sraier@gl-m.de